

# N i e d e r s c h r i f t

## **13. Sitzung des Stadtrates am 12.05.2015, 19:00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses**

**Vorsitz:** Bürgermeister Burkhard Deppe

### **ANWESEND**

#### **Mitglieder des Stadtrates**

Heiko Bulk	CDU
Philipp Frahmke	CDU
Matthias Göke	CDU
Falk Kanbach	CDU
Dieter Legge	CDU
Friedhelm Möller	CDU
Fred Müller	CDU
Antonius Oeynhausens	CDU
Rainer Pirsig	CDU
Karl-Heinz Schwarze	CDU
Marianne Strauß	CDU
Dr. Volker Wiedemeier	CDU
Dr. Joachim Avenarius	SPD
Heribert Böger	SPD
Wolfgang Jando	SPD
Sven Kröger	SPD
Thorsten Sagel	SPD
Bernd Blome	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Martina Denkner	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Herbert Falke	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Franz Hölscher	UWG
Dieter Tomczak	UWG
Petra Flemming-Schmidt	ödp
Stefan Krämer	ödp
Petra Nolte	FDP

#### **Entschuldigt sind:**

Andreas Amstutz	CDU
Katrin Bergmann	CDU
Karin Rosemann	CDU
Meinolf Tewes	CDU
Nancy Wolff	DIE LINKE

#### **Von der Verwaltung:**

Franz-Josef Koch, Stadtkämmerer  
Martin Kölczer, Baudezernent  
Uwe Damer, Verwaltungsfachwirt  
Uwe Schwager, Stadtamtsrat zgl. Protokollführer

## **Gäste zu TOP A 1:**

Regierungsdirektor Volker Friese, Bezirksregierung Detmold  
Leitender Regierungsschuldirektor Detlef Strauß, Bezirksregierung Detmold  
Hans-Jürgen Wessels, Bürgermeister Gemeinde Altenbeken  
Brigitte Köhler-Thewes, Schulleiterin Gesamtschule Bad Driburg/Altenbeken  
Ina Schröter, stellvertr. Schulleiterin Gesamtschule Bad Driburg/Altenbeken

**Beginn der Sitzung:** 19:00 Uhr

**Ende der Sitzung:** 21:00 Uhr

## **Anmerkung:**

Alle Mitglieder des Stadtrates haben zur Tagesordnung Vorlagen mit Erläuterungen erhalten. Die nachstehende Niederschrift nimmt auf diese Vorlagen Bezug, ohne dass der Text der Erläuterungen in der Niederschrift nochmals aufgeführt wird. Die Vorlagen sind lediglich dem Originalprotokoll als Anlage beigelegt.

Der Bürgermeister begrüßt die Mitglieder des Stadtrates, die Vertreter der örtlichen Presse und die anwesenden Zuschauer. Er stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung fest und eröffnet die Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist der Bürgermeister darauf hin, dass die Reihenfolge der Beratungspunkte geändert werden solle. Der Tagesordnungspunkt A 3) Anfragen der Bürger soll zu Beginn der Sitzung und damit vor dem Tagesordnungspunkt A 1) behandelt werden, damit die anwesenden Zuschauer bereits zu Beginn der Sitzung die Möglichkeit haben, sich zu dem Thema zu äußern. Der Stadtrat ist mit dem veränderten Verfahrensablauf einverstanden.

## **A Öffentliche Sitzung**

---

### **A.3 Anfragen der Bürger**

---

#### **1. Frau Bendfeld**

Frau Bendfeld hat zu Beginn der Sitzung ihre persönliche Stellungnahme an den Stadtrat verteilt, insofern wird hierauf verwiesen. Sie geht zunächst auf die wirtschaftliche Situation ein und stellt das Problem als bekannt dar. In diesem Zusammenhang kritisiert sie die Siebenzügigkeit der Gesamtschule, trotz der geringen Schülerzahl. Ihrer Ansicht nach müssten Bad Driburger Schüler in jedem Falle nach Altenbeken fahren, um die Schule sechszügig fahren zu können. Das Land stelle auch nur für sechs Klassen Gelder und entsprechendes Lehrpersonal zur Verfügung. Sie kritisiert das Anmeldeverfahren und unterstellt ein gelenktes Anmeldeverfahren. Eltern aus Bad Driburg, Neuenheerse, Herbram und anderen Orten solle empfohlen worden sein, die Gesamtschule am Hauptstandort Bad Driburg zu besuchen. Sie spricht den Busverkehr an. Aus ihrer Sicht gebe es auch Lösungsmöglichkeiten für das Busproblem.

Frau Bendfeld bringt zum Ausdruck, dass es möglich sei, Eltern aus den umliegenden Orten für den Standort Altenbeken zu gewinnen. Sie stellt die Frage: Warum werden die angesprochenen Probleme nicht mit den Eltern besprochen? Bürgermeister Burkhard Deppe kündigt an, künftig die Probleme konzeptionell anzugehen.

Leitender Regierungsschuldirektor Strauß verweist auf die Infoveranstaltungen zur Errichtung und den Betrieb der Gesamtschule. Bereits hier seien Aussagen zur finanziellen Ausstattung getroffen worden. Er geht weiter auf die Klassenbildung ein. Die Obergrenze pro Klasse sei auf 29 Schülerinnen und Schüler festgesetzt. Bei einer zweizügigen Schule, wie am Teilstandort Altenbeken, bedeute dies eine Obergrenze von 50 und für den Hauptstandort in Bad Driburg bei einem vierzügigen Betrieb 116 Schülerinnen und Schüler. Bei den jetzt vorliegenden Anmeldezahlen müsse das rechtlich vorgeschriebene Losverfahren durchgeführt werden. Er geht ferner auf die Lehrerausstattung, eine mögliche Unterversorgung und die Anzahl der möglichen Wahlpflichtfächer ein. Er stellt klar heraus, dass aufgrund der Gegebenheiten keine gleiche Schulbildung am Teilstandort und am Hauptstandort möglich sei.

## 2. Frau Höxter

Frau Höxter fragt nach, warum am Teilstandort Altenbeken schlechtere Möglichkeiten gegeben seien.

Leitender Regierungsschuldirektor Strauß führt aus, dass für den Betrieb einer Gesamtschule immer die Vierzügigkeit mit 100 Schülern vorgegeben war. Ein zweizügiger Teilstandort kann durch die vom Land NRW vorgegebene Lehrerversorgung das Angebot einer vierzügigen Schule nicht erreichen. Auch darauf habe er bereits bei den Informationsveranstaltungen hingewiesen.

## 3. Frau Dietz

Frau Dietz erkundigt sich nach den angesprochenen Informationsveranstaltungen.

Bürgermeister Deppe verweist auf Informationsveranstaltungen vor Einrichtung der Gesamtschule und weitere im Frühjahr 2013. Alle Informationsveranstaltungen seien öffentlich gewesen. Hierzu waren alle herzlich eingeladen. Leitender Regierungsschuldirektor Strauß bestätigt seine Teilnahme an diesen Informationsveranstaltungen.

## 4. Frau Jäschke

Sie erkundigt sich nach der Anzahl der Wahlpflichtfächer und stellt heraus, dass mehr Informationen erforderlich seien.

Schulleiterin Köhler-Thewes bringt zum Ausdruck, dass nur zwei Kurse in Altenbeken möglich seien. Ein Bustransfer würde einen erheblichen Zeitaufwand verursachen, der zu massivem Unterrichtsausfall führe.

## 5. Frau Block

Frau Block spricht das Anmeldeverfahren an und fragt nach ob dies, und damit der Teilstandort Altenbeken in den nächsten Jahren immer wieder fraglich sei.

Regierungsdirektor Friese zitiert den Erlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes NRW vom 12. Mai 2015. Die Duldung der Fortführung des zweizügigen Teilstandortes Altenbeken sei für ein weiteres Jahr, also für das Schuljahr 2015/16 ausgesprochen, sofern nicht die vorzeitige Auflösung beschlossen werde. Das Ministerium habe darüber hinaus angedacht, die beteiligten Kommunen nach den Sommerferien zu einem gemeinsamen Gespräch einzuladen. Darüber hinaus sollen geeignete schulorganisatorische Maßnahmen noch vor der Durchführung des Anmeldeverfahrens zum Schuljahr 2016/2017 ergriffen werden. Er ergänzt, dass Schwierigkeiten hinsichtlich des vertraglich festgeschriebenen gemeinsamen Sozialraumes allen Beteiligten bewusst waren.

#### 6. Frau Retschner

Sie erkundigt sich nach der Lehrerausstattung der Gesamtschule. Leitender Bezirksdirektor Strauß verweist in diesem Zusammenhang auf die Mindestanforderungen. In diesem Zusammenhang gebe es ein „Muss-Angebot“ und ein „Kann-Angebot“. Dieses richte sich nach Größe der Schule. Die Forderung der 100 %igen Lehrerversorgung könne nachvollzogen aber an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Die Duldungsverfügung sage nichts zur künftigen Lehrerversorgung aus. Hier sei die Landespolitik gefordert.

Die Nachfrage bezüglich des Bustransfers wird dahingehend beantwortet, dass das Fachamt der Gemeinde Altenbeken die Frage bereits geklärt habe.

#### 7. Frau Ahlemeyer

Frau Ahlemeyer spricht noch einmal die Anmeldesituation an. Es wird verwiesen auf die bisherigen Antworten in dieser Sache.

#### 8. Herr Temme

Herr Temme habe zwei Kinder in der Gesamtschule. Seiner Auffassung nach seien eingehende Gespräche zum weiteren Betrieb der Gesamtschule erforderlich. Diese sollten seiner Ansicht nach, nach den Sommerferien aufgenommen werden.

Bürgermeister Wessels fordert Klarheit für die Zukunft ein. Bürgermeister Deppe sieht ebenfalls Gesprächsbedarf. Intensive Gespräche, auch mit den Eltern seien erforderlich, damit in der Sache klare notwendige Entscheidungen getroffen werden. Die Vertreter der Bezirksregierung gehen noch einmal auf die Zahlenprognose ein. Für die wenigen Kinder müssen geeignete Lösungen gefunden werden.

#### 9. Frau Güldner

Für Frau Güldner ist es zwingend notwendig, dass beim Anmeldeverfahren alle Eltern gleichermaßen befragt werden. Nicht nur die Eltern aus Altenbeken und den umliegenden Dörfern müssen gefragt werden, ob sie auch zum Hauptstandort nach Bad Driburg fahren werden. Gleichermäßen müssen auch Bad Driburg Eltern befragt werden, ob sie mit einer Beschulung am Teilstandort in Altenbeken einverstanden wären.

#### 10. Frau Kukuk

Frau Kukuk geht in ihren Ausführungen auf dem Flyer zum Haus der offenen Tür ein. Sie bemängelt, dass der Teilstandort Altenbeken keine Erwähnung finde. Ferner werde auf der

Homepage der Teilstandort Altenbeken nicht präsentiert. Die Öffentlichkeitsarbeit müsse intensiviert werden.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Bürgermeister Deppe bedankt sich für die rege Teilnahme.

## **A.1 Organisationsstruktur der Gesamtschule Bad Driburg – Altenbeken zum Schuljahr 2015/2016**

---

**0037-2015**

Es wird Bezug genommen auf die bereits im Ausschuss für Schule, Bildung, Kultur und Sport vorgelegte Vorlage Nr. 0037-2015 (Anlage 1 zum Originalprotokoll).

Der Bürgermeister weist zunächst allgemein auf die Möglichkeit der Befangenheit von Stadtverordneten hin, die ein Kind zum neuen Schuljahr zur Gesamtschule Bad Driburg - Altenbeken angemeldet haben. Hier bestehe mit Blick auf die Inhalte des Tagesordnungspunktes und die vorgeschlagene Beschlussfassung die Besorgnis der Befangenheit. Diese Auffassung werde auch durch den Städte- und Gemeindebund geteilt.

Der Bürgermeister richtet daraufhin zunächst an alle Stadtverordneten die Frage, ob sich jemand für befangen halte. Nachdem es keine diesbezüglichen Erklärungen aus dem Kreis der Stadtverordneten gibt, richtet der Bürgermeister diese Frage nochmal konkret an den Stadtverordneten Sagel, der sich schon in der der Ratssitzung unmittelbar vorhergehenden Sitzung des Schulausschusses zu demselben Tagesordnungspunktes selbst für befangen erklärt habe. Die Frage verneint der Stadtverordnete Sagel und erklärt sich damit für nicht befangen. Der Bürgermeister stellt daraufhin fest, dass damit der Stadtrat über die Befangenheit des Stadtverordneten Sagel Beschluss zu fassen habe.

Vor Beschlussfassung schlägt Stadtverordneter Schwarze für die CDU-Fraktion vor, dass sich Herr Sagel für befangen erklärt und dass ein Mitglied der CDU-Fraktion betreffend der Chancengleichheit an der Abstimmung nicht teilnehmen werde. Diesem Vorschlag wird nicht gefolgt. Der Stadtrat fasst daraufhin nachfolgenden

### **Beschluss:**

Aufgrund der Tatsache, dass der Stadtverordnete Thorsten Sagel seinen Sohn zum Schuljahr 2015/2016 an der Gesamtschule Bad Driburg-Altenbeken angemeldet hat, wird er mehrheitlich bei 6 Gegenstimmen für befangen erklärt.

Herr Sagel nimmt daraufhin an der weiteren Beratung nicht teil.

Der Bürgermeister gibt daraufhin bekannt, dass das Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen mit Erlass vom 12. Mai 2015 eine Duldung zur ausnahmsweisen Fortführung des zweizügigen Teilstandortes Altenbeken im Schuljahr 2015/2016 ausgesprochen habe. Damit sei eine Übergangslösung für das nächste Schuljahr getroffen, sofern der Schulträger die Schließung nicht beschließe. Bürgermeister Deppe bringt zum Ausdruck, dass dies ein gemeinsamer Erfolg beider Kommunen sei. In vielen Gesprächen mit der Bezirksregierung sei bis zum heutigen Tage immer davon ausgegangen, dass eine weitere Ausnahmegenehmigung für den

Teilstandort Altenbeken in keinem Falle mehr ausgesprochen werde und entweder die Schließung des Teilstandortes oder die Durchführung eines Losverfahrens erforderlich sei.

Über die erst am heutigen Tage eingegangene Duldung seien alle beteiligten Parteien überrascht. Die beteiligten Kommunen werden darüber hinaus zu einem gemeinsamen Gespräch in das Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen nach den Sommerferien eingeladen.

Eine Beschlussfassung, wie in der Sitzungsvorlage vorgeschlagen, sei deshalb in der heutigen Sitzung nicht mehr erforderlich.

Stadtverordnete Denkner stellt in ihren Ausführungen die gemeinsame Schule mit einem gewollten gemeinsamen Sozialraum heraus. Ihres Erachtens seien die z.Zt. herrschenden verschiedenen Auffassungen auf Kommunikationsprobleme zurückzuführen. Ihres Erachtens ist die Einrichtung eines runden Tisches zwingend erforderlich. Die gute pädagogische Arbeit an der Gesamtschule müsse weiterhin unterstützt werden. Ziel müsse eine gemeinsame Beschulung sein.

Stadtverordneter Böger geht für die SPD-Fraktion auf die damalige Beschlussfassung zur Einrichtung der Gesamtschule Bad Driburg-Altenbeken und darüber hinaus auf die Schülerzahlen ein. Seines Erachtens solle die überkreisliche Kooperation betreffend einer gemeinsamen Schule mit einem Hauptstandort in Bad Driburg und einem Teilstandort in Altenbeken fortgeführt werden. Überrascht sei die SPD-Fraktion in der letzten Stadtratssitzung gewesen, über die damalige Mitteilung zur Situation der Gesamtschule und einer eventuellen Schließung des Teilstandortes in Altenbeken.

Bürgermeister Deppe verweist auf die Entscheidung der Eltern und auf frühere Informationen in der Ratssitzung am 26.02.2015.

Stadtverordnete Flemming-Schmidt unterstützt für die ödp-Fraktion die ausgesprochene Duldung. Auch sie stellt heraus, dass es gut sei, die Elternmeinung hierzu kennengelernt zu haben. Sie stellt das Erfordernis eines runden Tisches heraus, um hier gemeinsame Lösungen für den Erhalt des Teilstandortes Altenbeken zu erarbeiten.

Stadtverordneter Schwarze stellt noch einmal heraus, dass es ein gemeinsamer Erfolg beider Kommunen sei. Er unterstützt ebenfalls die Entscheidung des Ministeriums für eine Übergangslösung und unterstützt mögliche gemeinsame Gespräche nach den Sommerferien.

Stadtverordnete Nolte unterstreicht ebenfalls positiv die Entscheidung des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein Westfalen. Auch sie stimmt der Einrichtung eines runden Tisches zu.

Dr. Avenarius ergänzt noch einmal für die SPD-Fraktion, dass zwei gleichberechtigte Vertragspartner seinerzeit einen Vertrag zur Einrichtung der Gesamtschule geschlossen hätten. Beide Vertragsparteien sollten auch weiterhin alles versuchen, zum Erhalt der Schule beizutragen.

Für die UWG-Fraktion stellt Stadtverordneter Tomczak abschließend die positive Entscheidung zum Erhalt des Teilstandortes im Schuljahr 2015/2016 durch die ausgesprochene Duldung heraus.

Bürgermeister Deppe bittet abschließend um Beschlussfassung, dass der Stadtrat von der in der Sitzungsvorlage dargelegten Beschlussfassung Abstand nimmt.

## **B e s c h l u s s :**

Der Stadtrat beschließt einstimmig, aufgrund der ausgesprochenen Duldung des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen vom 12. Mai 2015 betreffend ausnahmsweise Fortführung des zweizügigen Teilstandortes Altenbeken im Schuljahr 2015/2016 von dem in der Sitzungsvorlage dargestellten Beschlussentwurf Abstand zu nehmen.

### **A.2 Mitteilungen der Verwaltung**

---

Mitteilungen der Verwaltung werden nicht gegeben.

## **B Nichtöffentliche Sitzung**

---

### **B.1 Mitteilungen der Verwaltung**

---

Mitteilungen der Verwaltung werden nicht gegeben.

**Ende der Sitzung:** 21:00 Uhr

Der Bürgermeister:

Der Protokollführer

---

---